

Regierungspräsidium Darmstadt

Hessen Mobil				
Straßen- und Verkehrsmanagement				
Marburg				
Eingang: 29. März 2019 <i>lsc</i>				
		PL21		ZdA

HESSEN



Regierungspräsidium Darmstadt  
Postfach 50 60, 65040 Wiesbaden

Gegen Empfangsbekanntnis

Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden

Unser Zeichen: IV/WI - 41.2 - 66 k 08

Hessen Mobil  
Straßen- und Verkehrsmanagement  
Marburg  
Postfach 1360  
35003 Marburg

Ihr Zeichen: 14404 PL21.01 Marr  
Ihre Nachricht vom: 11. Februar 2019  
Ihr Ansprechpartner: Herr Alfred Borrmann  
Telefon: 2215  
Fax:  
E-Mail: alfred.borrmann@rpda.hessen.de

Datum: 28. März 2019

*PL 21.01*  
*28. 29/03*  
*PL 21.01 Marr*  
*28/03*

**A 671 Notunterstützung Vorlandbrücke Hochheim (Km 3+238 bis 3+973)**  
**hier: Retentionsraumausgleich**

Anlagen: Plansatz (1-fach)  
Empfangsbekanntnis

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Antrag von

**Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement Marburg**

vom 11. Februar 2019 ergeht folgende

**GENEHMIGUNGSBESCHEID**

**A) Genehmigung**

Gemäß § 78 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) wird der wasserrechtliche Antrag zum Vorhaben A 671 Notunterstützung Vorlandbrücke Hochheim (Km 3+238 bis 3+973), Retentionsraumausgleich nach Maßgabe der Nebenbestimmungen unter D) genehmigt.

Regierungspräsidium Darmstadt  
Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden  
Bereich Umwelt:  
Lessingstraße 16-18, 65189 Wiesbaden

Servicezeiten:  
Mo-Do 8:00 bis 16:30 Uhr  
Freitag 8:00 bis 15:00 Uhr

Fristenbriefkasten:  
Luisenplatz 2, 64283 Darmstadt

Parkzeit in der Lessingstr. auf 2 Std. begrenzt!  
Das Dienstgebäude ist vom Hauptbahnhof  
Wiesbaden zu Fuß in ca. 10 Minuten erreichbar

Telefon: 0611 / 3309 - 0 (Zentrale)  
Telefax: 0611 / 3309 - 444  
0611 / 3309 - 445 (nur Alarmfälle)

Internet: [www.rp-darmstadt.hessen.de](http://www.rp-darmstadt.hessen.de)

## **B) Eingriffszulassung**

Dieser Genehmigungsbescheid ersetzt gemäß §§ 74 Abs. 6 Satz 2 i.V.m. 75 Abs.1 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz alle sonstigen für die in den Planunterlagen dargestellten Maßnahmen erforderlichen öffentlich-rechtlichen Entscheidungen.

Der naturschutzrechtliche Eingriff wird gemäß § 17 i. V. m. § 15 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zugelassen.

Die landschaftsschutzrechtliche Genehmigung gemäß § 3 der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Mainauen“ wird erteilt.

## **C) Folgende Unterlagen sind Bestandteil dieses Bescheides**

### **Schriftlicher Teil**

1. Antrag vom 11. Februar 2019
2. Erläuterungsbericht vom Januar 2019
3. Umwelttechnischer Bericht vom Januar 2019, Büro Hydrodata GmbH, Oberursel
4. Landschaftspflegerischer Bergleitplan, bereits im Antrag vom 23. April 2018 zum Genehmigungsbescheid vom 29. Juni 2018 vorgelegt
5. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag, bereits im Antrag vom 23. April 2018 zum Genehmigungsbescheid vom 29. Juni 2018 vorgelegt
6. Prüfbögen der artweisen Konfliktanalyse, bereits im Antrag vom 23. April 2018 zum Genehmigungsbescheid vom 29. Juni 2018 vorgelegt

### **Plan**

- |  |               |
|--|---------------|
| 1. Übersichtslageplan                                  | M.: 1 : 2.000 |
| 2. Lageplan  | M.: 1 : 200   |
| 3. Geländeschnitte                                     | M.: 1 : 100   |
| 4. Landschaftspflegerischer Bestands- und Konfliktplan | o.M.          |
| 5. Maßnahmenplan                                       | o.M.          |
| 6. Fotodokumentation                                   |               |

## D) Nebenbestimmungen

### Allgemeines und Beginn der Maßnahme

1. Die Leitung der Bauarbeiten ist einem verantwortlichen fachkundigen Bauleiter zu übertragen. Diesem obliegt es u. a., die Ausführung der Baumaßnahme, die Güte und Tauglichkeit der Baustoffe und Bauarten, die Einhaltung der für die Sicherheit von Menschen, namentlich der Bauarbeiter, erlassenen Vorschriften sowie die Einhaltung der Auflagen des Genehmigungsbescheides zu überwachen.  
Die Bescheidsinhaberin hat dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden, vor Beginn der mit diesem Bescheid genehmigten Maßnahmen Namen und Adresse des verantwortlichen Bauleiters und dessen Vertreter zu benennen.
2. Der Beginn und die Fertigstellung der Maßnahmen sind dem  
Regierungspräsidium Darmstadt  
Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden  
Postfach 5060  
65040 Wiesbaden  
mindestens **8 Tage vorher**, schriftlich anzuzeigen.
3. Rechtzeitig vor Baubeginn sind zur Abstimmung der Bauausführung die Stellen und Personen zu benachrichtigen, deren Interessen durch die Ausführung der Baumaßnahmen berührt werden.
4. Sofern sich Änderungen gegenüber der Genehmigungsplanung ergeben, sind rechtzeitig vor Baubeginn baureife Ausführungspläne (2-fach) der Genehmigungsbehörde zur Zustimmung vorzulegen.
5. Die Ausführung der Maßnahmen muss den genehmigten Unterlagen entsprechen.  
Erscheinen während der Bauausführung Änderungen notwendig, sind sie vor Ausführung der Genehmigungsbehörde mitzuteilen.  
Diese entscheidet, ob ein neues wasserrechtliches Verfahren notwendig ist.

6. Die Anlagen sind entwurfsgemäß und unter Berücksichtigung der einschlägigen technischen Normen und Bestimmungen nach den anerkannten Regeln der Technik so herzustellen, zu betreiben und zu unterhalten, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere die Ordnung des Wasserhaushaltes, gewährleistet ist.
7. Die Bescheidsinhaberin hat der Genehmigungsbehörde und deren Beauftragten jederzeit den Zutritt zu den Anlagen und den in Frage kommenden Grundstücken sowie die Durchführung von Untersuchungen an Ort und Stelle zu gestatten.  
Auf Verlangen ist den Vorgenannten Einblick in die Genehmigungsunterlagen und Kontrollbücher zu gestatten.  
Die hierfür erforderlichen Hilfeleistungen sind unentgeltlich zu gewähren.
8. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Auflagen.

#### **Bauausführung und Gewässerschutz**

9. Bei der Bauausführung ist dafür Sorge zu tragen, dass geordnete Abflussverhältnisse sichergestellt sind und es zu keinen Verunreinigungen des weiterführenden Gewässers im Unterlauf, z.B. durch Einleitung von Suspensionen, Lehm (Ton)- Wassergemische und Schlämmen kommt.  
Gegebenenfalls sind geeignete Maßnahmen, wie z.B. Errichtung von Absetzgruben, zu ergreifen.  
Das Lagern von Bau- und Bauhilfsmaterialien sowie das Aufstellen von Baugeräten innerhalb des natürlichen Überschwemmungsgebietes sind unzulässig.
10. Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass keine wassergefährdenden Stoffe, wie z.B. Treibstoffe, in den Untergrund gelangen.  
Baufahrzeuge und Maschinen sind in arbeitsfreien Zeiten sowie für Betonungsvorgänge sicher auf wasserundurchlässigen Flächen abzustellen.
11. Wassergefährdende Stoffe sind vor der Witterung geschützt in einem medienbeständigen Auffangraum zu lagern, der mindestens das Volumen des größten gelagerten Gebindes aufweist.

### **Vorsorgender Bodenschutz**

12. Aus Gründen des Erosionsschutzes ist die Abdichtung an der geplanten Böschung abweichend von der vorgelegten Planung mit bindigem Bodenmaterial ( $k_f \leq 10E-6$ ) mind. 50 cm mächtig auszuführen.
13. Die Durchführung der Arbeiten ist durch ein in Altlastenfragen sach- und fachkundiges Ing.-Büro/Institut zu überwachen und zu dokumentieren.
14. Bei aktuellen Ereignissen oder unvorhersehbaren Schwierigkeiten bei der Durchführung der Maßnahme, oder für den Fall, dass nachteilige Wirkungen für das Wohl der Allgemeinheit auftreten, ist das Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden, Dezernat 41.1 - Grundwasser, Bodenschutz, kurzfristig einzuschalten.

### **Naturschutz und Landschaftsbau**

#### **Vermeidung und Minimierung, Bauausführung**

15. Baubeginn und Bauabschluss sind dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung V - Landwirtschaft, Weinbau, Forsten, Natur- und Verbraucherschutz, Dezernat V 53.1-Naturschutz, unverzüglich anzuzeigen.
16. Alle Baumaßnahmen sind gemäß den Ausführungen des landschaftspflegerischen Begleitplan und des artenschutzrechtlichen Fachbeitrags unter größtmöglicher Schonung der betroffenen Biotope und durch den Einsatz umweltschonender Arbeitstechniken durchzuführen.  
Durch Baumaßnahmen beeinträchtigte Flächen sind unverzüglich nach Abschluss der Arbeiten wiederherzustellen.
17. Die Vorschriften der DIN 18920 "Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" zum Schutz des vorhandenen Baumbestandes sind entsprechend anzuwenden.



### Ausgleich und Ersatz, Ausführungsplanung

18. Für die unter Punkt 6.1 des landschaftspflegerischen Begleitplans benannte Ökokontomaßnahme in der Gemeinde Wicker ist spätestens vier Wochen nach Zustellung des Bescheides ein Abbuchungsbeleg von der zuständigen unteren Naturschutzbehörde nebst Beschreibung der Maßnahme in Text und Karte vorzulegen.
19. Die frist- und sachgerechte Durchführung der Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist in einem Bericht zu dokumentieren und dem Dezernat V 53.1 spätestens bis zwei Monate nach Bauabschluss vorzulegen.

### Artenschutzrechtliche Nebenbestimmungen

20. Die Rodung und der Rückschnitt von Gehölzen sind außerhalb der Brutzeit in der Zeit vom 30. September bis zum 01. März durchzuführen.  
Abweichungen hiervon sind durch entsprechende vorlaufende Erhebungen, die die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gänzlich ausschließen, zu belegen und bedürfen der Zustimmung des Dezernates V 53.1.
21. Die im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag der Bosch & Partner benannten Maßnahmen sind entsprechend der Maßgaben des v. g. Fachbeitrages umzusetzen.

### Ökologische Baubegleitung

22. Die Umsetzung der naturschutzrechtlichen Auflagen ist durch eine qualifizierte ökologische Baubegleitung aus dem Fachbereich der Landespflege oder vergleichbarer Fachrichtungen zu begleiten und sicherzustellen.  
Vor Baubeginn ist dem Dezernat V 53.1 die damit beauftragte Person zu benennen.

### Abschluss der Maßnahme

23. Nach Abschluss des Vorhabens ist bei dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden, die Bauabnahme schriftlich zu beantragen.

24. Sofern sich Änderungen bei der Bauausführung der Maßnahme gegenüber der vorgelegten Planung ergeben, sind bei der Bauabnahme Bestandspläne in 2-facher Ausfertigung vorzulegen.

## **E) Hinweise**

1. Wenn bei Arbeiten Bodendenkmäler wie Mauern, Steinsetzungen, Bodenverfärbungen und Fundgegenstände, z.B. Scherben, Steingeräte, Skelettreste entdeckt werden, sind diese nach § 20 Hessisches Denkmalschutzgesetz (HDSchG) unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Archäologische Denkmalpflege oder der Unteren Denkmalschutzbehörde zu melden. Funde und Fundstellen sind in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen (§ 20 Abs.3 HDSchG).
2. Wird mit der Durchführung dieses Bescheides nicht innerhalb von fünf Jahren nach Eintritt der Unanfechtbarkeit begonnen, so tritt er außer Kraft.
3. Die Bauüberwachung obliegt dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden.  
Die Kosten für besondere Maßnahmen der Wasseraufsicht im Rahmen der Bauüberwachung trägt die Bescheidsinhaberin (§ 70 HWG).  
Die zuständige Behörde entscheidet über die erforderlichen Maßnahmen nach pflichtgemäßem Ermessen.
4. Der Bescheid gewährt nicht das Recht zur Benutzung fremden Eigentums. Sollte fremdes Eigentum in Anspruch genommen werden, so ist das Einverständnis des Eigentümers herbeizuführen.
5. Zuwiderhandlungen gegen diesen Bescheid können gemäß § 103 Abs. 1 Ziffer 15 und Abs. 2 WHG als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden.

## **F) Begründung**

Mit Schreiben vom 11.02.2019 hat Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement Marburg den wasserrechtlichen Antrag zur A 671 Notunterstützung Vorlandbrücke Hochheim (Km 3+238 bis 3+973), Retentionsraumausgleich, unter Vorlage der unter Abschnitt D) aufgeführten Unterlagen die wasserrechtliche Genehmigung gemäß § 78 WHG, beantragt.

Die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Darmstadt ergibt sich aus § 65 Hessisches Wassergesetz (HWG).

Die Festsetzung der unter Ziffer D) genannten Nebenbestimmungen war zulässig und erforderlich, um die Ordnung des Wasserhaushaltes zu wahren, nachteilige Wirkungen auf das Hochwasserabflussgeschehen, die Gewässerökologie und die angrenzenden Lebensräume zu vermeiden oder zu vermindern, sowie nachteilige Auswirkungen auf Einzelne und das Wohl der Allgemeinheit auch in Zukunft zu verhüten.

Die überschlägige, standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeit (UVPG) ergab, dass keine Verpflichtung besteht, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Nach Prüfung durch das Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden, konnte dem Antrag entsprochen werden.

### **Umweltverträglichkeitsprüfung**

Aus naturschutzfachlicher Sicht ist für die geplante Maßnahme nach Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) entbehrlich.

Durch das beantragte Vorhaben sind im Ergebnis keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen für die gemäß Nr. 2.3 der Anlage 2 UVPG naturschutzrechtlich relevanten Schutzkriterien zu erwarten.

Das Vorhaben ist zwar teilweise innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Hessische Mainauen“ geplant, erhebliche nachteilige Beeinträchtigungen des Landschaftsschutzgebietes können jedoch durch die im landschaftspflegerischen Begleitplan geplanten Maßnahmen vermieden werden.

### **Naturschutzrechtliche Tatbestände und Entscheidungen**

Folgende naturschutzrechtliche Tatbestände sind vom Vorhaben betroffen und ihre Genehmigungsfähigkeit wird wie folgt beurteilt:

#### **Eingriff in Natur und Landschaft**

Das Vorhaben stellt einen Eingriff in Natur und Landschaft i. S. d. § 14 BNatSchG dar.



Aufgrund der im vorgelegten landschaftspflegerischen Begleitplan vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung, zum Ausgleich und zum Ersatz der vorhabenbedingten Beeinträchtigungen kann das Benehmen zur Zulassung des Eingriffs gemäß § 17 BNatSchG i. V. m. § 7 Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG) unter Beachtung o. g. Nebenbestimmungen hergestellt werden.

#### Natura 2000

Die dem Vorhaben nächstgelegene Natura 2000-Gebiet „6016-401 Mainmündung und Ginsheimer Altrhein“ liegt mehr als 2.500 m entfernt und damit außerhalb von betrachtungsrelevanten vorhabensspezifischen Wirkräumen. Eine FFH-Verträglichkeitsprüfung i. S. d. § 34 Abs. 1 BNatSchG ist daher nicht erforderlich.

#### Landschaftsschutzgebiet

Von dem Vorhaben wird das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Mainauen“ beeinträchtigt.

Gemäß § 3 Abs. 3 HAGBNatSchG wird die erforderliche landschaftsschutzrechtliche Genehmigung durch eine nach anderen Rechtsvorschriften erforderliche Zulassung ersetzt.

Das gemäß § 3 Abs. 3 HAGBNatSchG hierfür erforderliche Einvernehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde kann im vorliegenden Fall hergestellt werden.

#### Besonderer Artenschutz

Von dem Vorhaben sind europäische Vogelarten und nach Anhang IV der FFH-Richtlinie geschützte Arten betroffen.

Durch die im, mit e-Mail vom 07. Juni 2018, vorgelegten artenschutzrechtlichen Fachbeitrag der Bosch & Partner GmbH vorgesehenen Maßnahmen und unter Beachtung der u. g. Nebenbestimmungen können die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG vermieden werden.

Eine artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG ist somit nicht erforderlich.

Weitere naturschutzrechtlich festgesetzte Schutzgebiete oder gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG sind von dem Vorhaben nicht betroffen. Somit sind keine weiteren naturschutzrechtlichen Zulassungen erforderlich.

## Zulassung des Eingriffs

Das Vorhaben stellt aufgrund der in § 14 Abs. 1 BNatSchG genannten Merkmale einen Eingriff in Natur und Landschaft dar, der gemäß § 17 i. V. m. § 15 BNatSchG einer Zulassung bedarf.

Das Vorhaben führt zu einer Veränderung der Gestalt und der Nutzung von Grundflächen durch Überbauung, Beanspruchung und/oder Neumodellierung von vegetationsfähigen Flächen, Biotopen, Habitaten schutzwürdiger Arten. Infolgedessen können die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigt werden.

Der Eingriff kann im Benehmen mit der oberen Naturschutzbehörde gemäß § 17 BNatSchG i. V. m. § 7 HAGBNatSchG ausfolgenden Gründen zugelassen werden:

Die Voraussetzungen des § 15 Abs. 1 BNatSchG (Vermeidungsgebot) sind erfüllt. Durch die im Kapitel 4 des landschaftspflegerischen Begleitplanes vorgesehenen Maßnahmen werden die Beeinträchtigungen durch den Eingriff teilweise vermieden und vermindert.

Soweit Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft nicht vermieden werden konnten, wurde dies in der Erläuterung nachvollziehbar begründet.

Die unter „Naturschutz und Landschaftsbau“ (Nebenbestimmungen 15. - 22.) festgesetzten Nebenbestimmungen stellen sicher, dass weitere vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft während der Baumaßnahmen unterlassen werden.

Der in Nebenbestimmung 20. bestimmte Rodungszeitraum wird, in Anlehnung an den in § 39 Abs. 5 BNatSchG festgelegten Zeitraum, aus Gründen des Artenschutzes festgelegt, um die Tötung von Jungvögeln oder Zerstörung von Nestern durch die Rodungsmaßnahmen zu vermeiden.

Durch die im landschaftspflegerischen Begleitplan (Kapitel 6) vorgesehenen Maßnahmen sind die Voraussetzungen des § 15 Abs. 2 BNatSchG, wonach unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen oder zu ersetzen sind, vollständig erfüllt.

Die Nebenbestimmung zur Berichtspflicht über die frist- und sachgerechte Durchführung der Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wurden aufgrund von § 17 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG festgesetzt, um die Kontrolle der Maßnahmen zu vereinfachen.

### Genehmigung nach der LSG-Verordnung

Das Vorhaben ist im Landschaftsschutzgebiet „Hessische Mainauen“ geplant und gemäß § 3 der Verordnung über o. g. Landschaftsschutzgebiet nur mit Genehmigung zulässig.

Gemäß § 3 Abs. 3 HAGBNatSchG wird die erforderliche landschaftsschutzrechtliche Genehmigung durch eine nach anderen Rechtsvorschriften erforderliche Zulassung ersetzt.

Das hierfür erforderliche Einvernehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde gemäß § 3 Abs. 3 HAGBNatSchG wurde hergestellt.

Gemäß § 3 o. g. Verordnung ist die Genehmigung zu erteilen, wenn die beabsichtigte Maßnahme weder den Charakter des Gebietes verändert oder das Landschaftsbild beeinträchtigt noch dem jeweiligen Schutzzweck zuwiderläuft.

Die o. g. Voraussetzungen liegen im vorliegenden Fall unzweifelhaft vor.

### Artenschutzrechtliche Entscheidung

Die Nebenbestimmungen 20. und 21. waren erforderlich, um sicherzustellen, dass bei den, durch das Vorhaben betroffenen Arten nicht gegen die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG verstoßen wird.

### Ökologische Baubegleitung

Angesicht der Größe des Projektes und der Vielzahl der betroffenen naturschutzfachlichen Belange sowie der Lage des Vorhabens im Ballungsraum wird die Einrichtung einer ökologischen Baubegleitung erforderlich.

Nur auf diese Weise kann eine Bauabwicklung unter Einhaltung der naturschutzrechtlichen Auflagen gewährleistet werden.

Die ökologische Baubegleitung ermöglicht es, aufgrund ihres Fachwissens auftretende Probleme schnell zu erkennen und durch kurzfristige Abstimmung mit der Naturschutzbehörde zeitnah zu lösen.

## **G) Kosten**

Gemäß § 8 Hessisches Verwaltungskostengesetz (HVwKostG) ist der Antragsteller von den Gebühren befreit.

## H) Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem

Verwaltungsgericht in Frankfurt am Main  
Adalbertstraße 18  
60486 Frankfurt am Main

erhoben werden.

### Hinweis:

Es wird gebeten, das Aktenzeichen anzugeben.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Alfred Borrmann

